Dresdner Nachrichten.
Nr. 50. Seite 2. Donnerstag, 19. Februar 1891

keine Arbeiterschutz-Gesetzgebung, und von Koalitions-Bestrebungen seitens der Arbeiter konnte damals keine Rede sein. Das erste Gesetz sozialpolitischen Inhalts betraf das Verbot der Beschlagnahme des Lohnes (1867). Die 1869 beschlossene Gewerbe-Ordnung enthielt dann außer dem Verbote des Truck-Systems die ganz allgemein gehaltene Bestimmung, daß die Arbeitgeber diejenigen Maßregeln treffen sollten, welche zum Schutze der Arbeiter erforderlich seien. Einen wesentlichen Fortschritt zeigte das Haftpflicht-Gesetz (1871), welches die unbedingte Haftpflicht bei Eisenbahn-Unfällen anerkannte, sobald nicht dem Arbeiter grobe Verschuldung nachzuweisen war. 1878 wurde mit der Einrichtung von Fabrik-Inspektoren ein erster Schritt zum Arbeiterschutz im engeren Sinne gethan. Leider ist dieses segensreiche Institut bei uns nur in bescheidenem Umfange ausgebildet, da zu wenig Fabrik-Inspektoren vorhanden sind und sich in Folge dessen ihre Thätigkeit über zu große Bezirke erstreckt. Von Bedeutung war die allgemeine Berufs-Statistik aus dem Jahre 1882. Eingeleitet von der kaiserlichen Botschaft begann dann 1883 und in den folgenden Jahren die große Versicherungs-Gesetzgebung, welche nunmehr einen gewissen Abschluß erreicht hat. Nur noch ein Schritt, meinte der Vortragende, sei zu thun, denn der Schutz der Witwen und Waisen bleibe noch übrig. Daß die Arbeiter dies für nothwendiger hielten, als die Versicherung gegen Krankheit, Unfall, Alter und Invalidität, beweise, daß in ihnen noch ein guter moralischer Fonds vorhanden sei, da sie das Wohl der Ihrigen höher als das eigene schätzten. Eingehend erörterte Herr Kulemann die jetzt dem Reichstage vorliegende Arbeiterschutz-Gesetzgebung. Er meinte, daß die Verhütung der sozialen Gegensätze in weit höherem Maße durch die Arbeiterschutz-Gesetzgebung als durch die staatliche Arbeiter-Versicherung herbeigeführt werden könnte. Denn nicht in der Verbesserung der materiellen Lebensbedingungen liege der Schwerpunkt der sozialen Frage, sondern darin, daß die ganze soziale Stellung des Arbeiterstandes gehoben würde. Von höherem Werth als Lohnerhöhung sei gerade den intelligenten Arbeiterschichten das volle Selbstbestimmungsrecht und die rechtliche und gesellschaftliche Gleichstellung mit den übrigen Klassen. Von außerordentlicher Wichtigkeit sind daher die Bestimmungen über die Arbeitsordnung in der im Reichstage zur Berathung stehenden Gewerbe-Novelle. Bisher wurden die Arbeitsordnungen einseitig vom Arbeitgeber erlassen, fortan sollen aber darüber auch die Arbeiter gehört werden. Sehr viel zur Verbitterung der Arbeitgeber hat beigetragen, daß man nur vom Rechte der Arbeiter, nicht aber von Pflichten derselben redet. Daher bedürfen nach Ansicht des Redners die sogen. Arbeiterschutzbestimmungen Beachtung, nach denen die kontraktbrüchigen Arbeiter eine Entschädigung verwirkt haben. Der Arbeitgeber soll berechtigt sein, sich in der Höhe des sechsfachen ortsüblichen Tagelohnes gleichsam eine Caution vom Arbeiter sicher zu stellen; er darf nämlich bei jeder Lohnzahlung 25 Pfg. von jeder fälligen Mark einhalten, bis die Caution auf jenen zulässig höchsten Betrag angewachsen ist. Diese Entschädigung wolle verwirkt sein, sobald der Kontraktbruch feststellt ist. — Am interessantesten war der Ueberblick, welchen der Vortragende von der sozialpolitischen Gesetzgebung außerdeutscher Länder gab. Oesterreich ist uns in einigen Beziehungen voran; es besitzt eine wirksame Einrichtung des Fabrikinspektorats und einen Maximalarbeitstag von 11 Stunden, der im Allgemeinen beobachtet. In Bezug auf Kranken- und Unfallversicherung ist uns Oesterreich nachgefolgt und hat unsere Einrichtungen als Muster genommen. In der Schweiz besteht von Arbeiterversicherungsgesetzgebung gar nichts. Dagegen besteht dort ein sehr guter Arbeiterschutz. In Italien ist letzterer in sehr geringem Umfange vorhanden, während die Arbeiterversicherung, welche von Staatswegen eingerichtet ist und in deren Dienst wie bei uns die Postanstalten gestellt sind, eine freiwillige ist. Aber die Betheiligung ist eine sehr geringe; 55—56,000 Arbeiter sind dort versichert, während bei uns die Invalidenversicherung 12,000,000 Menschen umfaßt. Auch in Frankreich hat man die Zwangsversicherung abgelehnt, jedoch ist der Erfolg etwas günstiger als in Italien. Die Renten indeß sind sehr bescheidene. Die Haftpflichtgesetzgebung ist bei den Franzosen fast noch gar nicht ausgebildet, während sie uns in der Einrichtung von Sparkassen und einer Arbeiterbörse in Paris voraus sind. Auch die Parteiverhältnisse in Frankreich sind weit günstigere als bei uns. Zwar besteht auch dort eine Sozialdemokratie nach Marx'schem Rezepte, aber die herrschende Arbeiterpartei ist nicht der internationale Communismus, sondern die Partei der Possibilisten, welche vom Staate nicht sofort Alles verlangen, sondern sich zunächst mit kleinen Taxen und Konzessionen begnügen und also vor der Hand mit dem Erreichbaren fürlieb nehmen. England hat seine große sozialdemokratische Bewegung, die der Chartisten, glücklich überwunden. Die Arbeiter haben sich dort zu Gewerkschaften vereinigt und auch die Arbeiter haben ihrerseits Verbände geschlossen. In Streitfällen verhandeln beide Parteien vollkommen gleichberechtigt mit einander und bisher sind bis auf wenige Ausnahmen regelmäßig Verständigungen erfolgt. Seit anderthalb Jahren scheint alles in Frage gestellt zu sein, indeß werden voraussichtlich auch die neueren Bewegungen, welche von den ungelernten Arbeitern ausgehen, die noch keinerlei Betrieb hatten, einen günstigen Verlauf nehmen. In Amerika sind die Verhältnisse noch völlig ungeklärt, einheitliche Zustände bezüglich der Gesetzgebung bestehen dort überhaupt nicht. Interessant sind die mehrfachen Versuche, welche jenseits des Ozeans gemacht werden, um den Bellamy'schen Zukunftsstaat zu verwirklichen. Ein abschließendes Urtheil läßt sich bis jetzt noch darüber nicht fällen. Im Großen und Ganzen, schloß Redner, berechtigt uns ein Vergleich mit außerdeutschen Ländern stolz zu sein auf das, was wir in sozialreformatorischer Beziehung erreicht haben. — Lebhaftester Beifall seitens der zahlreichen Zuhörerschaft folgte dem Vortrage des Herrn Dr. Kulemann.

— In seinem letzten Vortrage behandelte Herr Prof. Dr. Fritz Schultze die Entwickelung des Dogmas und der christl. Kirche. Er zeigte, wie sich die einzelnen Gemeinden zu Verbänden und diese wieder zur allgemeinen, zur „katholischen" Kirche zusammenschlossen. Mit einer mächtigen Gegnerschaft hatte die Kirche in den ersten Jahrhunderten zu kämpfen, und leicht ist ihr der Sieg keineswegs geworden. Unter ihren Feinden ragen besonders vier hervor: Gnosticismus, Montanismus, Neuplatonismus und Manichäismus. Die Gnostiker verschmelzen orientalische, hellenische und christliche Lehren und bauen somit in kühner Spekulation die mannichfachsten Systeme einer höchst abenteuerlichen Religionsphilosophie auf; die Montanisten dagegen, welche an den unmittelbar bevorstehenden Weltuntergang glauben und daher für die geringe, noch übrig bleibende Zeit eine kirchliche Verfassung als unnöthig ansehen, suchen ihr Heil in allerlei äußeren Aufgeregtheiten. Während diese Sekten sich im Schooße der Christenheit selbst bilden, erwächst der Kirche auch im Heidenthum ein tüchtiger Feind, der sie namentlich auf litterarischem Gebiete zu bekämpfen sucht. Es sind dies die Vertreter der heidnischen Philosophie, die Neuplatoniker, deren Gegnerschaft umso schwerer wiegt, als sich sämmtliche Gelehrtenschulen der damaligen Zeit in ihren Händen befanden. Die Manichäer endlich vereinigen die persische Lehre vom guten und bösen Gott mit indischen und griechischen Ideen. Christus ist nach ihrer Ansicht ein Prophet, der tief unter Mani, dem Stifter dieser Sekte, steht; kritisch prüfen sie die christlichen Heilsschriften; Vieles verwerfen sie, Manches erkennen sie aber auch als gut und richtig an. Von allen Sektirern sind es die Manichäer, welche die Kirche am meisten verfolgt haben. Anhänger Mani's werden im 4. Jahrhundert in Spanien, dem klassischen Lande der religiösen Unduldsamkeit, als Ketzer auf dem Scheiterhaufen öffentlich verbrannt. Durch diese vielfache Gegnerschaft wurde die christliche Kirche genöthigt, nun auch ihrerseits den wahren Glauben in bestimmten Sätzen, in Dogmen, zu formuliren. Dies geschah auf den Concilien, den Versammlungen der Bischöfe. In großen Zügen kennzeichnete der Vortragende die wichtigsten Dogmen, welche sich namentlich auf folgende drei Fragen beziehen: In welchem Verhältniß steht Christus zu Gott? Wie ist die Person Christi zu denken? Welches Verhältniß nimmt der Mensch zu Gott und Christo ein? — Nach Ueberwindung aller Gegner, nach innerer Festigung durch die Dogmenbildung erlangt die Kirche eine ungeheure Machtfülle; sie ist die höchste Autorität, der sich Alles blindlings fügt. Mit Recht konnte sie daher der Redner dem Weltenbaume der nordischen Sage, der Esche Yggdrasil, vergleichen, deren Zweige bis in den Himmel reichen, aber an ihr nagt der Wurm des Zweifels, der schon einmal, zur Zeit der Reformation, schädliche Auswüchse beseitigt hat. „Wenn nicht alle Zeichen trügen — so ungefähr schloß der Redner seinen äußerst beifällig aufgenommenen Vortrag —, wenn nicht alle Zeichen trügen, so stehen uns ähnliche Zeiten bevor. Ueberall werden Zweifel an der Wahrheit des vom Menschen formulirten Dogmas laut; die Lehre Christi aber leuchtet in umso größerer Reinheit und Frische zu uns herüber."

— Die neue Mitteleuropäische Eisenbahnzeit wird bei allen deutschen Eisenbahn-Verwaltungen vom Beginn des nächsten Sommerfahrplanes, 1. Juni, an im inneren Dienste Anwendung finden. Dagegen wird diese Zonenzeit von den österreichischen Bahn-Verwaltungen erst vom nächsten Jahre an benutzt. Da die Zeit vorläufig nur im inneren Dienste Anwendung findet, so hat das Publikum daran kein Interesse. Wirklicher Nutzen entspringt der Einrichtung erst, wenn sie für das gesammte bürgerliche Leben durchgeführt ist; dann besteht überhaupt nur eine Zeit, und Orts- und Eisenbahn-Dienstzeit sind ein und dasselbe. Da der betreffende Meridian östlich von Sachsen liegt, so werden im Falle der Einführung der gleichmäßigen Zeit in ganz Sachsen die Uhren bis zu 13 Minuten gegen die jetzige Ortszeit nachzustellen sein. Die westlichsten Ortschaften, wie Mühltroff, Reuth-Schönberg u. s. w., werden dann um 12—13 Minuten später Mittag haben, als nach der Ortslage thatsächlich der Fall sein müßte. Daß diese geringe Differenz irgend eine nachtheilige Wirkung auf die Funktionen des bürgerlichen Lebens haben sollte, ist ganz ausgeschlossen. Der Vortheil, daß man es überall mit der gleichen Zeit zu thun hat und die richtig gestellte Taschenuhr nicht nur in Zittau, sondern auch in Hof mit der Eisenbahn-Uhr übereinstimmt, erscheint dagegen riesengroß.

— In letzter Dienstags-Sitzung des Allgemeinen Handwerker-Vereins in Meinhold's Sälen führte Herr Stadtrath Wetzlich den Vorsitz der zahlreichen Versammlung. Es sprach in derselben Herr Patent-Anwalt Otto Sack aus Leipzig unter vielem Beifall über das Thema: „Wie entstehen brauchbare Erfindungen?" Der Redner besprach den Inbegriff des Wortes „Erfindung" und dessen Gegensatz zu dem Begriff „Entdeckung". In Beziehung sind beide öfters zu bringen, und könne eine Entdeckung gar wohl einer Erfindung vorangehen. Manches werde erfunden, sei aber unnütz oder unnöthig und daher im Leben der Menschheit unverwendbar. Eine Erfindung muß dem Bedürfniß entsprechen, verwendbar und daher verwerthbar sein, d. h. sich direkt gewerblich ausbeuten lassen. Eine Erfindung muß eine Neuerung, eine Verbesserung sein, welche fühlbare Mängel aufhebt, ohne andere neue Mängel und Unvollkommenheiten herbeizuführen. Thatsache ist, daß meistens einfache Mittel bestehende Mängel auf's Beste und Vortheilhafteste beseitigen, da sie im Stande sind, leicht und billig Allgemeingut zu werden. Brauchbare Erfindungen entstehen daher nicht allein durch hohe Anspannung der Geisteskräfte, sondern auch durch Verbesserung bestehender Gegenstände (Werkzeuge, Gebrauchs-Artikel ꝛc.). Zunächst gilt es, den bestehenden Mangel wahrzunehmen, denselben näher zu prüfen, dessen Ursachen festzustellen und hiernach die Verbesserung der Unvollkommenheiten zu bewirken. Erfindungen werden theils mit Absicht, theils durch Zufall gemacht. Redner zeigte eine Reihe von patentirten, d. h. dem Erfinder staatlich vorbehaltenen und gewährleisteten Erfindungen vor, welche theils unnöthig, unnütz, unbrauchbar, unpraktisch, theils verwendbar, viel gebraucht und verlangt sind. Er legte vor einen Schnurbart-Schützer, ein Stoßruder-Modell, einen Schirmhalter, einen Brems-Schlittschuh, einen Schuhweiter an Druckstellen zur Beseitigung der Hühneraugen, einen Universalzirkel, Blechkniehohr-Modelle, Patent-Flaschenverschlüsse, Cigarrenabschneider, Telephon und Glühlicht sind die praktischsten Erfindungen der Neuzeit. Noch erfuhren die Unterschiede zwischen Patent und Musterschutz bez. Gebrauchsmusterschutz Erörterung, ebenso der Umstand, daß die Patent-Fähigkeit einer Erfindung keineswegs die unbedingte Brauchbarkeit derselben einschließe. — Der Vorsitzende stattete dem Vortragenden für seinen klaren, anregenden Vortrag besondere Danksage ab. Noch fanden die Frage des Befähigungs-Nachweises und das Lehrlingsheim-Projekt Besprechung, und beschloß die Versammlung nach lebhaftem Meinungs-Austausch mit Majorität, zur Einrichtung des Lehrlingsheims eine einmalige Beihilfe von 70 Mk. zu bewilligen.

— Am Montag feierte der hiesige Turnverein „Vorwärts" sein 1. Stiftungsfest in den eigens dazu geschmückten Meinhold'schen Sälen. Turnerische Aufführungen und Gesänge erniten und heiteren Inhalts bildeten den einen Theil, ein flotter Ball den anderen Theil des Festes. In seiner Begrüßungsansprache konnte der Vorsitzende mittheilen, daß der Verein in der kurzen Zeit seines Bestehens fortwährend an Mitgliedern und Freunden gewachsen ist.

— Auf der Sebnitzerstraße stürzte gestern früh ein vor einen Kohlenwagen gespanntes Pferd und vermochte nicht wieder aufzustehen. Man holte einen Roßschlächter herbei, welcher das Thier abstach und fortschaffte. — Auf der Marienbrücke ging am Dienstag Vormittag das vor einen Brotwagen gespannte Pferd, welches vor einem Eisenbahnzug gescheut hatte, durch. Der Wagen stürzte um und die zwei Leute, welche auf dem Wagen saßen, wurden auf die Straße geschleudert, ohne Schaden zu nehmen. Der Wagen zerbrach.

— Löbtau. Nachdem die Errichtung einer Ortskrankenkasse in Löbtau und die dadurch bedingte Auflösung der bestehenden Gemeindekrankenversicherung von der Königl. Kreishauptmannschaft bestätigt wurde, sind von Seiten des Gesammtvorstandes der Ortskasse alle zum Betriebe der Kasse nöthigen Einrichtungen mit möglichster Beschleunigung angeschafft worden. Nach Ablauf des ersten Monats der Thätigkeit ersieht man, ein wie großes Bedürfniß eine selbstständige Krankenkasse für Löbtau war. Angemeldet zur Kasse wurden 552 männliche und 277 weibliche Mitglieder. Davon meldete sich allerdings das gesammte Personal der sächs.-böhmischen Gummiwaarenfabrik wieder ab, welche am 1. Febr. eine eigene Fabrikkrankenkasse eröffnete. Im Ganzen zählte am 1. Febr. die Kasse immer noch 1664 Personen als Mitglieder. — Man fragt sich hier, mit welchem Rechte der Dresdner Rath von Löbtau 100,000 Mk. als Beitrag zur Weißeritz-Verlegung fordert als Vorbedingung für den Anschluß der Löbtauer Schleußen an Dresden. Für unseren Ort hat es nicht das geringste Interesse, ob die Weißeritz verlegt wird oder nicht; den einzigen Vortheil haben die Adjacenten, die dadurch das ausgefüllte Weißeritzbett zu Baustellen ausbeuten können. Aber der einzelne Steuerzahler hat von einer Verlegung nicht den geringsten Vortheil, deswegen würde das Gewähren der stadträthlichen Forderung einen ganz berechtigten Entrüstungssturm erzeugen, wollte unser Gemeinderath durch Steuerzuschlag den Betrag aufbringen. Unserer Meinung nach wäre es vielmehr am Platze, wenn der Rath dafür, daß wir unsere Dresdner Straße unterwühlen und mit Brücken überbauen lassen, eine Entschädigung an Löbtau bezahlt. Hoffentlich dankt Löbtau für die Dresdner Gnade und tritt mit Cotta, seiner alten Verpflichtung gemäß, in Unterhandlungen, die jedenfalls eher zum Ziele führen als die 16jährigen Verschleppungen seitens Dresdens.

— Plauen. Das am Sonnabend vom Militärverein für Plauen und Umgegend abgehaltene 16. Stiftungsfest in dem geschmackvoll dekorirten Saale „Westendschlößchen" nahm besten Verlauf. Eine große Anzahl von Ehrenmitgliedern und Ehrengästen zeichneten den Verein mit ihrer Anwesenheit aus.

— In der Oederauer Cigarrenfabrik von A. Just u. Co. wurden durch Herrn Gumpert, Mitbesitzer der Firma, abermals 4 Arbeiter, welche 10 Jahre daselbst gearbeitet hatten, mit einem Ehrengeschenk, bestehend in je einem Sparkassenbuche, auf 100 Mk. lautend, nach vorangegangener Ansprache prämiirt.

— Aus Adorf schreibt man: Am Donnerstag Abend gegen 9 Uhr gelang es einem Grenzaufseher, einen Transport von 8 Stück Rindvieh, welches von Schwärzern über die Grenze gebracht worden war, in der Nähe von Gettengrün zu überraschen. Leider konnte der Beamte nur zwei Stück Mastochsen festhalten, während die Schmuggler mit den übrigen 6 Stück Rindern die Flucht ergriffen. Der Beamte hat, nachdem die Schmuggler ihm die Ochsen wieder zu entreißen versuchten, von seiner Schußwaffe Gebrauch gemacht; er hat hierbei 10 Schüsse abgegeben.

Fortsetzung des örtlichen Theiles Seite 9.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich. In Berlin trat der „Kongreß Deutscher Landwirthe" zusammen. Der Vorsitzende, Landrath und Abg. Freiherr v. Manteuffel-Kroven, eröffnete denselben mit folgender Ansprache: Seit ich zum letzten Male von dieser Stelle zu Ihnen sprach, hat sich ein Ereigniß von großer Bedeutung zugetragen. Wollte ich desselben hier nicht Erwähnung thun, man würde es in dieser Versammlung nicht verstehen. Sie Alle wissen, daß ich den Rücktritt des Fürsten Bismarck von der Stellung als Reichskanzler und preußischer Ministerpräsident meine. Meine Herren! Die unvergleichlichen Verdienste des Fürsten Bismarck, die er als der erste Diener seiner Kaiserlichen Herren, als erster Kanzler des wesentlich unter seiner Mithilfe neu gegründeten Deutschen Reiches und als preußischer Ministerpräsident um das Deutsche Reich und um Preußen sich erworben hat, sie werden stets unvergessen bleiben. Die deutsche Landwirthschaft in Sonderheit ist dem Fürsten Bismarck zu großem Danke verpflichtet (Bravo!), denn an ihm fand sie stets eine kräftige und wirkungsvolle Stütze (sehr wahr!), und diese Dankbarkeit gegen den Fürsten Bismarck, sie wird in der Landwirthschaft fortleben, davon bin ich überzeugt. Hierauf pries der Vorsitzende den Frieden als den Hort der gedeihlichen Entwickelung und den Kaiser als Erhalter desselben und schloß mit einem Hoch auf ihn und die deutschen Bundesfürsten. — Auf der Tagesordnung stand zunächst die Sozialdemokratie und die ländliche Bevölkerung. Als Referent begründete Rittergutsbesitzer Dr. A. Plato-mann-Saydа folgende Thesen: Um den seitens der Sozialdemokratie geplanten Vorstoß in die landwirthschaftlichen Kreise möglichst abzuwehren, empfiehlt es sich: 1) Alle Hebel in Bewegung zu setzen, um den landwirthschaftlichen Grundbesitz leistungsfähig zu erhalten, den Betrieb der Landwirthschaft selbst aber möglichst lohnend für Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu gestalten. 2) Ist es allen landwirthschaftlichen Arbeitgebern dringend zu empfehlen, die Lage der in ihren Betrieben beschäftigten Arbeiter soweit als möglich materiell und sittlich zu bessern und zu heben, um dadurch den Einfluß der sozialdemokratischen Lehren indirekt zu bekämpfen. 3) Ist eine öftere Berufung zu öffentlichen Versammlungen in den Dörfern an Sonntag-Nachmittagen, in denen durch populäre Vorträge die Vortheile der sozialreformatorischen Gesetzgebung einerseits, die destruktiven Ziele der Sozialdemokratie andererseits beleuchtet werden, dringend zu empfehlen; es ist aber dabei die Mithilfe der protestantischen Geistlichkeit auf dem Lande in viel höherem Grade als bisher erforderlich, ebenso eine Verbreitung guter, leicht verständlicher politischer und fachwissenschaftlicher Zeitschriften und Litteratur zu gleichen Zwecken auf dem Lande. 4) Eine vermehrte Pflege und Hebung der monarchischen und christlichen Gesinnungen unter der landwirthschaftlichen Bevölkerung durch fleißigere Benutzung all' der Mittel, welche hierzu Kirche, Schule, Staat und Gesellschaft (konservative und ähnliche Vereinigungen) zur Verfügung stellen. 5) Pflege und eifrige Förderung des landwirthschaftlichen Genossenschafts- und Vereinswesens durch öftere Behandlung volkswirthschaftlicher und sozialpolitischer Fragen in denselben. 6) Eine möglichst energische Vertretung berechtigter landwirthschaftlicher Interessen durch die dazu berufenen Organe in den Parlamenten, gegenüber der Regierung und sonstigen gesetzgebenden und verwaltenden Behörden. — Das Korreferat hatte Freiherr v. Manteuffel übernommen. Derselbe empfahl die Resolution Platzmann. Insonderheit wandte sich Vortragender gegen die „niederträchtige Zeitungslitteratur", welche Unheil auf dem Lande anrichte. Und zwar sei es weniger die sozialdemokratische, die noch wenig Verbreitung gefunden habe, als vielmehr die fortschrittliche, die „jüdischen Pfennigblätter". Den Hauptdamm gegen alle diese zersetzenden Bestrebungen habe man in einer befriedigenden Lage der Landwirthschaft zu suchen. Es entspann sich eine lebhafte Diskussion. Freiherr v. Thüngen (Roßbach) erklärt, daß wenn erst das Land sozialdemokratisch wäre, auch bald die Armee von Umsturzideen ergriffen werden würde. Druckerschwärze sei genug nun in diesen Fragen verbraucht; nun heiße es handeln! Der geplante Vertrag mit Oesterreich erzeuge schon jetzt allerorten Unzufriedenheit, den Nährboden für die Sozialdemokratie. Nun er hoffe, der Reichstag werde die Antwort darauf nicht schuldig bleiben. Er sei der Meinung, daß in den leitenden Kreisen die richtige Anschauung fehle und das richtige Verständniß für die Bedürfnisse. Man habe an den maßgebenden Stellen keine Ahnung davon, was der Kleinbauer leide; man kenne die Verhältnisse des Landes in den leitenden und regierenden Kreisen nicht genügend. Wenn die Fürsten ein Land besuchten, dann sähen sie nur Ehrenpforten und schön angezogene Leute, und komme man dann mit Klagen, so heiße es, man sehe zu schwarz, man sei zu pessimistisch gesinnt. (Ruf: Sehr gut! Bravo!) — Ein verschuldeter und verarmter Bauer sei das beste Futter für die Sozialdemokratie, dagegen ein freier Bauer, fest auf seiner Scholle, das beste Bollwerk dagegen. Nachdem dieser Redner gesprochen, verließ der Minister die Versammlung und empfahl sich etwa mit folgenden Worten: „Ich glaube, daß ich durch meine Anwesenheit mein Interesse für Ihre Verhandlungen bekundet habe. Darüber, was in den Kreisen der Landwirthschaft gewünscht wird, hat diese Verhandlung, ebenso wie frühere, keinen Zweifel gelassen. Daß diesen Verhandlungen seitens der Regierung Werth beigelegt wird, kann ich Ihnen wiederholt versichern". — Reichstagsabgeordneter Dr. v. Frege sagt u. A.: Als besonders wirksam erscheint mir gegen die Umsturzbestrebungen auf dem platten Lande die Stärkung jedweder Autorität in den Gemeinden, vor Allem der Ansässigen des Bauernstandes, wie der Geistlichen, aller Elemente, die erziehlich für die Jugend auch außerhalb der Schule, für die Stärkung des Familiensinnes wirken können. Unser alter bewährter Arbeiterstand leidet viel weniger unter unzulänglichen Löhnen als unter der Unbotmäßigkeit und Genußsucht der eigenen Kinder, unter dem Zug in die Großstädte der jüngeren Generation. Hier gilt es die wirkliche Zufriedenheit durch Fürsorge im echten Sinne zu fördern, in jedem Haus einen Mittelpunkt der durch die Familienbande von Gott selbst eingesetzten Autoritäten, der Eltern, Lehrer und Vorgesetzten, zu bilden. Sodann aber finde ich ein Hauptmittel, die ländlichen Verhältnisse gesund zu erhalten, in den regen Beziehungen der Besitzer zu den Gemeindegliedern, womöglich durch die Selbstbewirthschaftung auch der größeren Güter, welche gegenseitiges Vertrauen und ein gemeinsames Band zwischen den Grundbesitzern und Arbeitern mit sich bringt. Tritt dann die christliche Fürsorge der Gutsherrschaft für die Armen und Kranken, namentlich der Gutsherrinnen, der Frauen überhaupt, die Schaffung gesunder Arbeiterwohnungen und Spielplätze für die Jugend, eine sittlich reine Litteratur und Wochenschrift für die kleinen Leute, Verminderung der Gelegenheiten zu Luxusausgaben und Zerstreuungen hinzu — ferner ein patriotisch geleiteter Militärverein, eine genossenschaftliche Organisation für die ökonomische Verbesserung der Lage des Mittelstandes auf dem Lande — dann wird ein Sozialdemokrat mit seinen Lehren schwer Boden finden.

Wie berichtet wird, äußerte Fürst Bismarck in einem Privatgespräch, er halte alle durch die Zeitungen kolportirten Meldungen von absprechenden Urtheilen des Kaisers über ihn für böswillige Erfindungen seiner Gegner, die er verachte. Der Kaiser wisse die Motive seiner politischen Mahnungen zu würdigen und werde nie an seinem Patriotismus zweifeln.

Oberst z. D. Neuland, der Landes-Großmeister der großen Landesloge von Deutschland, ist in Berlin sanft entschlafen. Der Heimgegangene, welcher in den Kreisen der Freimaurer und weit darüber hinaus hohes Ansehen genoß, hat ein Alter von nahezu 88 Jahren erreicht; er wurde am 18. September 1806 geboren. Als Ingenieuroffizier fand er Gelegenheit, sich vor Allem bei der großen Pulverexplosion, die in Mainz in den 50er Jahren stattfand, durch entschlossenes und muthvolles Vorgehen hervorzuthun, wofür er mit der Rettungsmedaille am Bande ausgezeichnet wurde. Der Freimaurerei schloß er sich am 14. Dezember 1848 an, seit 1883 stand er als Großmeister an der Spitze der Großen Landesloge von Deutschland. Vor etwa 2 Jahren war ihm das Glück beschieden, mit seiner ihn nun überlebenden Gemahlin das Fest der diamantenen Hochzeit begehen zu können, aus welchem Anlaß dem verdienten Manne zahlreiche Ovationen zu Theil wurden.

Von verschiedenen Seiten wird über parlamentarische Ueberbürdung geklagt. So wird der „Köln. Volksztg." aus Berlin geschrieben: Die parlamentarischen Geschäfte sind in einem Stadium angekommen, daß es nicht lange mehr so weiter gehen kann. Man denke sich nur folgendes Pensum, z. B. für einen Centrums-Abgeordneten: Gestern um 11 Uhr Abgeordnetenhaus, um 1 Uhr Reichstag, um 7 Uhr Schulkommission im Abgeordnetenhause, um 7½ Uhr Fraktionssitzung im Reichstage; dann heute um 10 Uhr Fraktionssitzung im Abgeordnetenhause, um 11 Uhr Abgeordnetenhaus, um 1 Uhr Reichstag, um 7½ Uhr Fraktionssitzung im Reichstage; morgen 11 Uhr Abgeordnetenhaus, 1 Uhr Reichstag, Abends wieder irgendwo Fraktionssitzung. Ein gleichzeitiges Berathen der Arbeiterschutz-Vorlage im Reichstage und eines der großen Gesetze im Abgeordnetenhause stellt sich als unmöglich heraus. Wie es jetzt steht, werden die Abgeordneten mit Doppel-Mandaten zu reinen Abstimmungsmaschinen, ohne dem Verlauf der Debatte irgend folgen zu können. Gestern war eine Anzahl derselben im Abgeordnetenhause, wo die Besteuerung der Aktien-Gesellschaften debattirt wurde, während im Reichstage die erste Berathung der Tabak-Vorlage anstand. Plötzlich wurden sie zum Reichstag telephonirt, weil dort unerwartet eine Abstimmung kam. Dieselben eilten hin, und als sie ankamen, war die Abstimmung vorbei. Also zurück zum Abgeordnetenhause, wo auch die Abstimmung, welche eine namentliche sein sollte, bevorstand. Kurz nachdem sie angekommen, vertagte sich das Haus ohne Abstimmung. Nun zurück zum Reichstag. Als sie dort ankamen, hatte sich das Haus auch hier gerade vertagt. Kurz, die ältesten Parlamentarier erklären: so ist es noch nie gewesen.

Ein vertrauliches Rundschreiben des preußischen Handelsministers erregt in Kreisen des rheinisch-westfälischen Kohlenbergbaues großes Aufsehen. In dem Schreiben wird gesagt, von verschiedenen Seiten werde darüber Beschwerde geführt, daß die rheinisch-westfälischen Kohlengruben ihre vertragsmäßig eingegangenen Verpflichtungen zur Lieferung von Kohlen an deutsche Gewerbetreibende sehr lässig erfüllten und der dieserhalb gegen sie erhobenen Beschwerden mit dem Hinweis auf die ungenügende Zuführung von Wagen seitens der Eisenbahnverwaltungen oder auf Störungen des Betriebes zu entkräften versuchten, wogegen sie die ausländischen Abnehmer günstiger behandelten. Insbesondere hätten in den letzten Wochen vielfach inländische Abnehmer nur einen geringen Theil der ihnen zustehenden Lieferungen erhalten und seien dadurch in große Noth gerathen, während gleichzeitig große Kohlenquantitäten in's Ausland exportirt sind. Ferner wird Beschwerde darüber geführt, daß einzelne Zechen, wenn sich ihnen Gelegenheit zu einer